

Was soll diese Kriegsklinik kosten?

Köln will Hunderte Krankenhausbetten streichen und plant zugleich ein Bunkerkrankenhaus, kritisiert Eva Gürster

Interview: Bernhard Krebs, Köln

Der Klinikstandort im rechtsrheinischen Kölner Stadtteil Merheim soll mit dem Krankenhaus Holweide und der Kinderklinik zu »einem modernen Gesundheitscampus« zusammenwachsen. So jedenfalls sieht es ein Ratsbeschluss vom 15. Juni 2023 vor. Was haben Sie dagegen?

Von Zusammenwachsen kann keine Rede sein. Hier geht es ganz klar um den Abbau von 400 Planbetten. Zudem ist von der Kämmerin der Stadt geplant, 381 Planstellen abzubauen. Es geht also nicht ansatzweise um eine Zusammenlegung, sondern ganz klar um eine Verkleinerung und Konzentration. Angefangen hat alles mit dem Schließungsbeschluss für das Krankenhaus Holweide 2019, später kam dann der Beschluss vom Stadtrat, auch die Kinderklinik zu schließen. Als Begründung wurde auf die Defizite verwiesen, die aber Ergebnis politisch gewollter Unterfinanzierung der Krankenhäuser sind. Von Anfang an gab es Widerstand, die Schließungen sind bis heute noch nicht umgesetzt. Im Stadtbezirk wären von der Abwicklung des einzigen Krankenhauses in Holweide übrigens 150.000 Menschen betroffen, die dann wesentlich weitere Wege und längere Wartezeiten in Kauf nehmen müssten – und das, wohlgemerkt, auch in einer Notfallsituation.

Für Sonnabend rufen Sie zu einer Protestkundgebung am Klinikstandort Merheim auf. Neben den Klinikschließungen und der Konzentration in Merheim lehnen Sie auch noch eine dort geplante unterirdische Intensivstation ab. Was hat es damit auf sich?

Die unterirdische Intensivstation ist in Wirklichkeit eine Kriegsklinik. Im Frühjahr 2025 wurde bekannt, dass die für Katastrophenschutz in Merheim zuständige Notfallmedizinerin, Katja Scholtes, und die Geschäftsführung der Kliniken Köln, Daniel Dellmann und Axel Goßmann, sich dafür einsetzen, ein zweigeschossiges, unterirdisches Parkhaus zu bauen, das im Katastrophen- oder Kriegsfall als ein »Pop-up-Krankenhaus« mit 600 Betten dienen soll. Das heißt, von den heute vorhandenen 1.400 Planbetten bei den Kliniken Köln, sollen nach den Schließungen in Holweide und der Kinderklinik Amsterdamer Straße nur noch 1.000 zivile Planbetten übrig bleiben. Zusätzlich sollen aber 600 militärische Betten in dem Bunkerkrankenhaus zur Verfügung stehen.

Hierzu hat man sich auch Rat aus Israel, vom Sheba Medical Center in Tel Aviv, geholt, das als Vorbild für eine solche Pop-up-Klinik dient. In einem Beitrag im WDR-Fernsehen im Februar stand Axel Goßmann mit einer Redakteurin auf

dem Hubschrauberlandeplatz in Merheim, zeigte in Richtung Militärflughafen Köln-Wahn und nannte ihn für den NATO-Bündnisfall »das Drehkreuz in Europa«, an dem 1.000 verwundete Soldaten täglich anlanden würden. Es soll also um die Fähigkeit gehen, Krieg zu führen.

Was soll die Kriegsklinik kosten?

Von 40 Millionen Euro ist die Rede. Im Landtag war der Plan schon Gegenstand eines Ausschussberichtes. Es gibt offensichtlich Diskussionen, wer das bezahlen müsste, denn für den Katastrophenschutz ist das Land, für die Kriegsertüchtigung ist der Bund zuständig. Die Geschäftsführung zeigt sich zuversichtlich und meint, alle wären dafür.

Wer hat im Kölner Stadtrat für die Schließung der beiden Klinikstandorte gestimmt?

Federführend sind der OB und die Spitzen der Ratsfraktionen von CDU, SPD, Grünen. Die AfD war auch schon immer für die Schließung. Das BSW hat am 19. März 2026 einen Antrag auf eine Rücknahme des Schließungsbeschlusses und der Pläne zur Ausstattung des Krankenhauses Merheim mit den unterirdischen Intensivstationen für den Kriegsfall eingebracht. Dieser Antrag stützte sich auf 91.000 Unterschriften. Die Kölner Bevölkerung ist gegen die Schließung. Trotzdem hat dem BSW-Antrag nur die Linke zugestimmt. CDU, SPD, Grüne und AfD waren dagegen und redeten von »Katastrophenschutz«. Die Betreiber des Baus der Bunkerkllinik haben offenbar Sorge, dass ihr Vorhaben weiter bekanntwird.

Wir halten an den Forderungen fest und machen deshalb unsere Kundgebung am Samstag um 12.30 Uhr auf dem Krankenhausgelände in Merheim genau dort, wo die unterirdische Kriegsklinik errichtet werden soll. Wir laden alle ein, daran teilzunehmen!

Eva Gürster ist aktiv in einem Zusammenschluss von Betroffenen, Bürgern aus Holweide und Beschäftigten der Kölner Krankenhäuser

<https://www.jungewelt.de/artikel/523330.militarisierung-im-gesundheitswesen-was-soll-diese-kriegsklinik-kosten.html>